

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 267.

Dienstag, den 13. November 1917.

24. Jahrg.

## Vor der Entscheidung.

Die Stunde der Entscheidung naht. In den nächsten Wochen wird es sich entscheiden, ob der völkermordende Krieg endlich beendet werden oder ob er noch jahrelang fort-dauern, noch jahrelang ganz Europa verwüsten, die Kraft aller Völker zerstören soll. Noch nie seit dem Beginn des grauenvollen Ringens war die Möglichkeit so nahe gerückt, den Krieg zu beenden; aber noch nie war auch die Gefahr so groß, daß die Völker alle Friedenshoffnung begraben und sich mit dem Gedanken abfinden müssen, noch jahrelang ihre Söhne an der Front dem Tode, ihre Kinder im Hinterland den bittersten Entbehrungen preiszugeben.

Noch nie seit dem Beginn des Krieges war die Hoffnung der Völker auf den Frieden so wohlberichtet wie heute. Denn zwei gewaltige weltgeschichtliche Ereignisse wirken heute zusammen, die Widerstände gegen den Frieden zu schwächen. Die Siege unserer Waffen in Italien und der Sieg der Arbeiter und Soldaten in Rußland — beide Ereignisse erschüttern die Macht des britisch-französischen Imperialismus, der der kriegsmüden Welt den Frieden verweigert, beide geben den Staatsmännern der Mittelmächte die Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen.

Der italienische Imperialismus ist geschlagen. Triest und Trient mit Waffengewalt zu erobern hat Italien keine Aussicht mehr. Den Krieg fortzusetzen hat für Italien keinen Sinn, keinen Zweck mehr. Italien wird den Frieden nicht ausschlagen, wenn ihm nur ein billiger, ehrenvoller Friede angeboten wird. Aber auch dem britischen und dem französischen Imperialismus ist in der venezianischen Ebene ein schwerer Schlag verkehrt worden. Denn nur zum Vergnügen führen auch England und Frankreich den Krieg nicht fort. Sie haben bisher alle Friedensvorschläge zurückgewiesen, weil sie Deutschland im Jahre 1918 oder im Jahre 1919 zu besterger Hoffnung; aber die empfindliche Schwächung, die die Entente durch die Niederlage in Italien erleidet, und der sieghafte Beweis ungebrochener Kraft, den die Mittelmächte in Italien erbracht haben, verkleinern die Siegeshoffnung der Entente. Auch mit England und Frankreich wird heute über den Frieden leichter zu reden sein als noch vor einem Monat.

Aber erleichtert es schon die Ereignisse in Italien, zum Friedensschluß zu gelangen, so entfesseln die Ereignisse in Rußland eine Kraft, die mächtig dem Frieden zudrängt. Die Regierung Kerenskis, die seit dem Juli nur noch ein Organ der nationalistischen Kadettenpartei, der Partei der imperialistischen Bourgeoisie war, ist gestürzt. Der Minister des Äußeren Tereschkow, der seit dem Ausschneiden Zeretellis aus der Regierung ganz unter den Einfluß des Kadettenführers Miljukow geraten war, sitzt als Gefangener der Petersburger Arbeiter in der Peter-Paul-Festung, und gegen Kerenski, der sich seine politischen Weisungen im Palast der englischen Botschaft zu holen gewohnt war, ist der Steckbrief erlassen. Die Männer, die heute in Petersburg die Macht haben, sind die unversöhnlichsten Gegner des Imperialismus, die leidenschaftlichsten Kämpfer für den Frieden.

Die ganze russische Demokratie hat sich sofort nach der Märzrevolution das Ziel gesetzt, einen baldigen Frieden, einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ herbeizuführen. Im Ziele bestand zwischen den drei Parteien, in die die russische Demokratie sich gliedert, den Sozialdemokraten-Bolschewiki, Sozialdemokraten-Mensschewiki und den Sozialisten-Revolutionären, kein Unterschied. Aber um die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ging der Streit. Bisher hatten die gemäßigten demokratischen Parteien, die Mensschewiki und der rechte Flügel der Sozialisten-Revolutionäre, die Führung. Sie, die Zeretelli und Tschernomir, die Gork und Tschernomir, hielten in Rußland an der Koalition mit der Kadettenpartei, in der Welt am Bündnis mit England und Frankreich fest. Dadurch aber machten sie es sich unmöglich, ihr Ziel zu erreichen. Sie konnten Rußlands Kraft nicht für den Frieden einsetzen; denn bei jedem Schritt hemmte sie der Einpruch der Kadetten, mit denen sie doch nicht zu brechen wagten. Sie konnten England und Frankreich zum Frieden nicht bringen, und wagten es doch nicht, sich von den Verbündeten zu trennen. So redlich und stark ihr Friedenswille war, scheiterte doch all ihr Bemühen an dem Widerstand der russischen Bourgeoisie, an die sie durch die Koalition, und der englischen und französischen Bourgeoisie, an die sie durch das Bündnis gefesselt blieben.

Jetzt aber ist die Führung der Demokratie und damit auch die Macht im Staate in die Hände der radikaleren demokratischen Parteien, der sozialdemokratischen Bolschewiki und des linken Flügels der Sozialisten-Revolutionäre, übergegangen. Die Lenin und Trozki, die Krasanow und Kamenejew, die Kamkow und Tschernomir lehnen jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ab; die Demokratie wird allein regieren, die Bourgeoisie von der Macht völlig ausgeschlossen sein. Der Friedenswille der russischen Demokratie wird nicht mehr durch labettische Ränke zu wirken behindert sein. Die Männer, die heute die russische Demokratie führen, sind aber nicht nur Gegner der Koalition

mit der russischen, sie sind auch Gegner der Koalition mit der englischen und französischen Bourgeoisie. „Das russische Proletariat ist mit den Proletariern Deutschlands und Oesterreichs ebenso verbündet wie mit den Proletariern Englands und Frankreichs; es ist den kapitalistischen Regierungen Englands und Frankreichs ebenso feind wie den kapitalistischen Regierungen Deutschlands und Oesterreichs“ — das war vom ersten Tage der Revolution an die Stellung der Bolschewiki zu den „Verbündeten“ in London und Paris. Sie haben die Eingriffe des englischen Botschafters in die innere Politik Rußlands heftig bekämpft, den kapitalistischen und imperialistischen Charakter der Kriegsziele Englands schonungslos aufgedeckt. Aus Gefolgsmännern des britischen Imperialismus wird die neue demokratische Regierung Rußlands nicht bestehen.

Die Enttäuschung über die Fortdauer des Krieges hat Kerenskis Regierung zu Fall gebracht. Der Friedenswille der Volksmassen führt die Bolschewiki zur Macht. Die neue Regierung, von mächtigen Feinden bedroht, wird vor den Massen nur dann bestehen, ihre Macht nur dann behaupten können, wenn sie dem Lande ungesäumt den Frieden zu bringen vermag. Die Regierung der russischen Demokratie wird in jeder Stunde bereit sein, den Frieden zu schließen, wenn die Mittelmächte zu einem Frieden bereit sind, der kein russisches Lebensinteresse bedroht und keinen Grundsatz der Demokratie verletzt. Und England, Frankreich, Italien, deren Widerstand gegen den Frieden durch die Ereignisse in Italien geschwächt ist, werden es schwerlich wagen, allein, ohne des großen Rußlands Hilfe, den Krieg fortzusetzen.

Der Friede ist also möglich, leichter möglich denn jemals seit dem Beginne des Krieges. Aber er ist es freilich nur unter einer Voraussetzung; nur wenn die Mittelmächte wirklich entschlossen sind, den Feinden einen Frieden anzubieten, der keines Volkes Lebensinteresse verletzt. Denn darüber täusche man sich nicht: auch eine demokratische Regierung Rußlands, auch eine Regierung, an deren Spitze Lenin und Trozki stehen, wird keinen Frieden schließen, der dem russischen Volk unheilbare Wunden schlugt; und gerade eine demokratische Regierung Rußlands wird keinem Frieden zustimmen, der dem demokratischen Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker widerspricht. Wollen die Mittelmächte einen solchen Frieden, dann ist der Friedensschluß nach den Siegen in Italien und trotz der neuen Revolution in Rußland unerreichbar. Dann geht der günstige Augenblick ungenützt vorüber. Dann wird der Friede erst möglich, wenn die eine oder die andere der beiden Mächtegruppen niedergerungen ist. Und ehe das geschieht, wird noch lange Zeit vergehen! Wollen die Mittelmächte einen Frieden ohne Ländererwerb in irgend einer Gestalt, ohne jede Beschränkung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Selbständigkeit ihrer kleineren Nachbarn nicht schließen, dann müssen sie damit rechnen, daß der Krieg nicht nur noch ein Jahr, daß er wahrscheinlich noch mehrere Jahre dauern wird.

Der Graf Czernin versicherte erneut, daß sein Ziel heute wie vormals ein baldiger, für beide Teile ehrenvoller Friede sei. Jetzt ist die Stunde gekommen, dem Worte die Tat folgen zu lassen.

## Das Friedensangebot der Arbeiter- und Soldatenräte

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte hat die Bedingungen für einen Friedensvorschlag angenommen. Er erklärt:

„Die durch die Revolution vom 6. und 7. November geschaffene Regierung der Arbeiter und Bauern, die sich auf den Arbeiter- und Soldatenrat stützt, schlägt allen Regierungen der Kriegführenden vor, alsbald Besprechungen über einen gerechten demokratischen Frieden

zu beginnen. Die Regierung ist der Ansicht, daß ein gerechter demokratischer Frieden, der von der Mehrheit der Arbeiterklassen aller kriegführenden Länder erstrebt wird, die durch den Krieg erschöpft und ruiniert sind, ein Frieden, den die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturze der Monarchie forderten, ein sofortiger

Frieden ohne Annexionen, das heißt ohne widerrechtliche Aneignung fremden Gebietes und ohne gewaltsame Eroberung fremder Nationalitäten, und ein

Frieden ohne Kontributionen sein muß. Die russische Regierung schlägt allen Kriegführenden vor,

sogleich einen solchen Frieden zu schließen, und sich bereit zu erklären, unverzüglich alle energischen Schritte zur endgültigen Billigung aller Bedingungen dieses Friedens durch die Bevollmächtigten aller Länder und aller Nationen zu tun. Unter Annexion oder widerrechtlicher Gebietsaneignung versteht die Regierung nach dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der Arbeiterklassen im besonderen jede Annexion einer kleinen schwachen Nationalität an einen großen mächtigen Staat ohne Zustimmung dieser Nationalität und unabhängig von dem Grade ihrer Zivilisation und ihrer geographischen Lage in Europa oder in jenseits des Ozeans gelegenen Ländern. Wenn irgendeine Bevölkerung von irgendeinem Staate gewaltsam festgehalten wird und wenn ihr gegen ihren Willen, wie er in der Presse oder in den nationalen Versammlungen oder Parteibeschlüssen oder durch Ausföhrungen oder Erhebungen gegen den Unterdrücker zum Ausdruck gelangt, das Recht zu allgemeiner Abstimmung verweigert wird, wenn man sich ferner weigert, die Besatzungstruppen zurückzuziehen und der Bevölkerung nicht das Recht zugesteht, ihre politische Regierungsform einzurichten, so ist ein solcher Zustand Annexion oder widerrechtliche Aneignung. Die Regierung ist der Ansicht, daß eine Fortsetzung des Krieges zu dem Zweck, die schwachen besiegten Nationalitäten unter den reichen, mächtigen Nationen zu teilen, ein

großes Verbrechen gegen die Menschheit ist. Daher verkündet die Regierung feierlich ihren Entschluß, einen Frieden zu unterzeichnen, der unter den erwähnten für alle Nationalitäten gerechten Bedingungen diesem Kriege ein Ende machen wird.

Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß die erwähnten Bedingungen nicht als endgültig betrachtet werden sollen, das heißt, die Regierung ist damit einverstanden, alle anderen Friedensbedingungen zu prüfen, wobei sie nur darauf besteht, daß diese Bedingungen so bald wie möglich von jedem Kriegführenden vorgelegt werden, und daß diese Bedingungen durchaus klar ohne die geringste Zweideutigkeit und ohne jeden geheimen Charakter seien.

Ihrezeitens unterdrückt die Regierung jede geheime diplomatie und bekräftigt ihren festen Entschluß, die Friedensbesprechungen offen vor der ganzen Welt fortzusetzen und zur

Veröffentlichung aller geheimen Verträge

zu schreiten, die von der Regierung der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten seit Februar bis zum 7. November 1917 gebilligt oder geschlossen worden sind. Die Regierung erklärt den Inhalt dieser Geheimverträge für null und nichtig, soweit sie, wie es in der Mehrzahl der Fälle geschieht, alle Arten von Begünstigungen und Vorrechten den Großgrundbesitzern und Kapitalisten zugestehen suchen, indem sie die von den Großrussen gemachten Annexionen aufrecht erhalten oder vermehren.

Indem die Regierung alle Völker einlädt, sogleich Friedensvorverhandlungen zu beginnen, erklärt sie sich ihrerseits bereit, diese Vorverhandlungen durch schriftliche oder telegraphische Mitteilungen sowie durch Besprechungen zwischen Vertretern der verschiedenen Länder oder durch Konferenzen aus den genannten Vertretern zu verwirklichen. Um diese Vorverhandlungen zu erleichtern, wird die Regierung Bevollmächtigte in den neutralen Ländern ernennen.

Die Regierung schlägt den Regierungen aller kriegführenden Länder vor, sogleich einen Waffenstillstand zu schließen; sie glaubt ihrerseits, daß dieser Waffenstillstand für drei Monate

geschloffen werden muß, welche Zeit genügen würde, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen; sie schlägt ferner vor, daß Vertreter aller Nationalitäten oder Nationen, die in den Krieg hineingeworfen sind, oder ihn über sich ergehen lassen mußten, an den Friedensbesprechungen teilnehmen, und daß eine Konferenz aus Vertretern aller Nationen der Welt

zur endgültigen Billigung der ausgearbeiteten Friedensbedingungen zusammenberufen werde.

Indem die vorläufige Regierung der russischen Arbeiter und Bauern diese Friedensvorschläge den Regierungen aller kriegführenden Länder macht, wendet sie sich insbesondere an die Arbeiter der drei zivilisierten und am tätigen am gegenwärtigen Kriege teilnehmenden Nationen, nämlich Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser drei Länder haben der Sache des Fortschritts und des Sozialismus die größten Dienste erweisen, nämlich durch Einrichtung der Chartisten in England, die großen Revolutionen des französischen Proletariats und den



Inspektionsweise nach den Mittelpunkt der Rüstungsindustrie. Unterwegs trafen ihn die Nachrichten über die italienische Niederlage, deren Bedeutung — seiner Ansicht nach — nicht so sehr in Verlust von Gefangenen und Gebietsteilen als in dem der Geschütze und Munition liege, denn diese seien schwer ersetzbar. Er schreibt aus Toulon unter dem 31. Oktober:

„Man darf es sich nicht verhehlen, daß die Ereignisse in Italien einen schweren Rückschlag bedeuten, nicht nur für seine eigenen Kräfte, sondern auch für die Entente. Der Verlust an Menschen, so schmerzhaft dieser auch sein mag, ist vielleicht nicht so ernst, wie der Verlust an Kriegsmaterial und Munition. Es hat keinen Zweck, zu unteruchen, ob man diesen Rückschlag nicht hätte voraussehen und verhindern können. Wir haben es immer noch mit einer Trägheit zu tun, der die Mittelmächte eine beständig aktive und starke Organisation entgegenzusetzen. Diese Lehre schließt zwei Notwendigkeiten ein: Erstens, die Gründung eines interalliierten Generalstabs. . . . Der zweite Punkt ist, nicht nur die Herstellung von Kriegsbedarf aufrechtzuerhalten, sondern sie unauffällig zu vermehren bis zum Tage, wo der Friede unterzeichnet ist. Diese Notwendigkeit macht sich gegenwärtig besonders bemerkbar. Einer der Alliierten kann plötzlich — infolge einer Niederlage — eines großen Teiles seines Kriegsmaterials und seiner Munition beraubt werden. Es sind also große Vorräte an Geschützen usw. nötig. Ich weiß, daß dies leichter gesagt als getan ist. Der See- und Landtransport, das Heranziehen von Arbeitskräften, die Beschaffung von Rohstoffen usw. sind sehr ernste Probleme, aber man muß sie zu lösen suchen, sonst können wir auf Wege geraten, die die Alliierten der Vernichtung entgegenführen.“

## Die Kämpfe im Orient.

Englische Berichte aus Ägypten.

Der Bericht vom 9. November lautet: Unsere berittenen Truppen sind schnell vorgerückt; sie machten weitere 400 Gefangene und erbeuteten zehn Geschütze. Aschalon ist durch Infanterie und Artillerie besetzt. Die Zahl der erbeuteten Geschütze beträgt schon über 70 und umfaßt einige 15-Zentimeter-Haubitzen. General Allenby schätzt die blutigen Verluste des Feindes zurzeit auf 10 000, abgesehen von den Gefangenen.

General Allenby berichtet vom 11. November, daß der Vormarsch seiner Truppen gestern fortbauerte, und daß sein linker Flügel in der Nachbarschaft von Esdud und Allen el-Hadid, 14 Meilen nördlich Wadi Heli, stand. Die Nachhut des Feindes besetzte die Linie längs der Nordarmee Wadi Sukereiff. Untere berittenen Truppen berichten, daß sie Freitag folgende Beute machten: fünf 15-Zentimeter-Haubitzen, 8 Feldgeschütze, 10 Offiziere, 700 Mann und viel Bagage. Da die Ausdehnung des Schlachtfeldes 600 Quadratmeilen beträgt, wird es einige Zeit dauern, bis die vollständige Liste der Beute aufgezählt ist.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

Zur Passverweigerung der Westmächte für die Berner Friedenskonferenz.

„Socialdemokraten“ (Kopenhagen) erörtert die neuerliche Passverweigerung der Westmächte für die Berner Friedenskonferenz. Früher, so sagt das Blatt, galt England als Hort der Freiheit, jetzt erhebt sich immer lebhafter die Frage in allen Ländern: „Führt der Krieg auch England auf immer reaktionäre Bahnen?“ Wir glauben, das englische Volk mißbilligt in immer stärkerem Grade die Friedens- und imperialistische Politik der kapitalistischen Kreise Englands, die mit ihren immer offensichtlicheren Annexionszielen der Hauptgrund für die neue Staatsumwälzung in Rußland ist, das Frieden haben muß, um seine Freiheit zu retten.

## Über zwei Millionen Kriegsgefangene in Deutschland.

Es wird berichtet: Infolge unserer Erfolge in Italien hat die Zahl unserer Gefangenen die Rekordziffer von zwei Millionen überschritten. Diese Zahl enthält nur diejenigen Kriegsgefangenen, die in unseren Gefangenenlagern listenmäßig eingetragen sind. Nicht enthalten sind darin die auf Transport befindlichen, die in der Steppe, in Quarantäne-Lagern usw. Liegenden, ferner nicht die durch Ausbruch oder Tod in Abgang gekommenen und endlich nicht diejenigen, die sich in der Hand unserer Verbündeten befinden.

## Eine flämische Kundgebung.

3000 Flamen Büffels veranstalteten im Alhambra-Theater eine öffentliche Volksversammlung, in der sie eine Entschlüsselung annahmen, die das feierliche Gelöbnis ablegt, daß die über achtzigjährige systematische Unterdrückung des flämischen Volkes nun ein Ende nehmen müsse dadurch, daß die vollständige Staatsmacht der flämischen Bevölkerung, tatkräftigen und unerzitterlichen Flamen anvertraut werde. Die Versammlung erklärte infolgedessen die belgische Regierung in Havre nicht mehr als ihre Vertretung anerkennen zu können. Sie erwartet bestimmt, daß dem germanischen Volk daselbst das Recht verkehrt wird, wie dem unterdrückten Volk in Flandern volle politische Selbständigkeit erhält.

## Georg Weill.

Nach der „Humanität“ vom 31. Oktober ist der frühere sozialistische Reichstagsabgeordnete Georg Weill nach Petersburg gereist, um dort für die Rückgabe Kasch-Lochrisiens an Frankreich zu agitieren. Er kommt gerade zur rechten Zeit.

## Trotsky's Ausweisung aus Frankreich

Offener Brief an Jules Guesde.

Der Trotsky, heute führender Mann in Rußland, ist erst vor wenigen Monaten als „Schnorrer und Verschwörer“ aus Frankreich ausgewiesen worden. Es trifft sich gut, daß gerade jetzt das von Robert Grimm in Bern herausgegebene „Neue Leben“ eine Protokoll-Fassung Trotsky's veröffentlicht, die als offener Brief an den sozialistischen Erminister Jules Guesde gerichtet ist.

Trotsky sagt in dem Briefe, den er schrieb, bevor er in Begleitung eines Polizeibeamten den Boden Frankreichs verließ, daß ihm der Grund seiner Vertreibung aus Frankreich nicht mitgeteilt wurde, trotzdem sei dieser ihm aber kein Geheimnis geblieben, denn Herr Briand habe ihn den Abgeordneten und Journalisten mitgeteilt. Nach Briand's Erklärung sei in Mar-seilles im August dieses Jahres eine Anzahl Russen, die sich empört und einen Obersten getötet hatten, verhaftet worden. Bei ihnen seien auch einige Exemplare der russischen Zeitschrift „Unser Wort“, deren Redakteur Trotsky war, gefunden worden. Dies war die erwünschte Gelegenheit, die verhasste Zeitung aus der Welt zu schaffen. Sie wurde ver-brennt und der Redakteur Trotsky ausgewiesen. Um sich in dieser Gelegenheit zu dem Vorgehen zu verhalten, habe man, so behauptet Trotsky, den revolutionären russischen Soldaten in Mar-

# Der amtliche Kriegsbericht.

## Weitere Fortschritte in Italien.

W.B. Großes Hauptquartier, 13. Novbr. (Amtlich.)

### Westliche Kriegshauptpl.

#### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wehten wir durch Feuer und im Gegenstoß starke Erkundungsabteilungen ab, die am frühen Morgen von den Belgiern im Heschel, von den Engländern auf ihrer Kampflinie gegen unsere Stellungen vorgetrieben wurden. Der Artilleriekampf blieb geringer als an den Vortagen. Am Abend verstärkte sich das Feuer bei Diguaiden und an einigen Abschnitten des Hauptkampffeldes.

### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Brugeres brachte ein entschlossen durchgeführter Handstreich unserer Infanterie Gefangene und Maschinengewehre ein.

Auf den östlichen Maassern war die Artillerietätigkeit tagsüber lebhaft.

Leutnant Gaudert errang seinen 22., Leutnant Büdler seinen 25. Aufstieg.

### Westlicher Kriegshauptpl.

Südlich von der Bahn Riga-Petersburg wiesen unsere Posten den Angriff einer Streifabteilung ab.

Westlich von Gorodischische war ein Unternehmen deutscher und österreichisch-ungarischer Stoßtrupps erfolgreich.

### An der Mazedonischen Front.

Schwoll der Artilleriekampf auf den Höhen östlich von Paralovo im Cernabogen zu erheblicher Stärke an.

### Italienische Front.

In den Sieben Gemeinden entzissen wir den Italienern den Mte. Poggara. Im Gebirge zwischen dem Sogana- und Cisono-Tale vorgehende Truppen erklimmten das Panzerwerk Leone bei dem Mte. di Camo. Die Panzerstellung C. di San Panzajo ist in unseren Besitz.

An der unteren Piave hat das Artilleriefeuer zugenommen.

### Der Erste Generalquartiermeister. Indendorff.

Jeilles die Zeitung in die Tasche gesteckt. Schon lange vor der Ermordung des Obersten habe Prof. Dürheim, der Präsident der Kommission für die russischen Flüchtlinge, dem Vertreter der Russen das bevorstehende Verbot von „Unser Wort“ und die Ausweisung der Redakteure angekündigt. Auch Herze prophezeite bereits im vorigen Jahre, daß die Ausweisung der russischen Flüchtlinge, die des revolutionären Internationalismus schuldig seien, von der Deutschen Reichsregierung ohne Widerstand akzeptiert werden würde. Herze habe offenbar die Inspiration zu dieser Prophezeiung aus dem Ministerium geschöpft. Trotsky greift dann in seinem offenen Brief die leitenden Männer Frankreichs aufs heftigste an, die in diesem Kriege nicht dem Fortschritt und dem Sozialismus, sondern der Gesherrschafft Frankreichs gedient hätten. Er schließt: „Von ihnen ausgehoben, verleihe ich Frankreich mit einem tiefen Glaubens an unseren Triumph. Ueber Ihren Kopf hinweg schide ich einen Brudergruß dem französischen Proletariat, das sich zu großen Taten ansieht. Es lebe ohne Sie und gegen Sie, Jules Guesde, das sozialistische Frankreich!“

## Aus Südbel und den Nachbargebieten.

Diensdag, 13. November

Die Bürgerchaft hielt gestern Abend eine kurze Sitzung ab, in welcher ein Senatsantrag auf Verleihung des Enteignungsrechtes an die Finanzbehörde zum Erwerb des der Firma Louis Wolff zugesicherten Rechtes auf Herrichtung eines öffentlichen Löh- und Ladeplatzes bei Siemens auf der Tagesordnung stand. In dem Senatsbetrie wird gesagt: Die Finanzbehörde hat Verhandlungen eröffnet mit der Firma Gebrüder Goehardt, Düsseldorf, über den Verkauf eines größeren Geländes neben ihrem Fabrikgrundstück in Siemens zwecks Errichtung einer größeren industriellen Anlage. Die Verhandlungen haben im allgemeinen einen günstigen Verlauf genommen. Die Firma Gebrüder Goehardt hat den Antrag aber von der Bedingung abhängig gemacht, daß der der Firma Louis Wolff durch Vertrag vom 1. Mai 1912 zugesicherte öffentliche Löh- und Ladeplatz und die Zuwegung zu demselben flussaufwärts verlegt werden. Da bei der Bedeutung des geplanten Unternehmens ein öffentliches Interesse an dessen Zustandekommen besteht, hält die Finanzbehörde die Verleihung des in Rede stehenden Löh- und Ladeplatzes und des zu demselben führenden Weges für dringend geboten. Der Senat schließt sich der Auffassung der Finanzbehörde an und stellt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft, daß der Finanzbehörde zum Zwecke des Abschlusses eines Kaufvertrages mit der Firma Gebrüder Goehardt in Düsseldorf, die neben ihrem Fabrikgrundstück in Siemens eine größere industrielle Anlage zu errichten beabsichtigt, zum Erwerb des der Firma Louis Wolff durch Vertrag vom 1. Mai 1912 zugesicherten Rechtes auf Herrichtung eines öffentlichen Löh- und Ladeplatzes steht dem zu diesem führenden Wege das Enteignungsrecht verliehen werde. Bei Beratung der Senatsvorlage wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

B.-M. G. Reimpell beantragte, den Senatsantrag folgendermaßen abzuändern: daß der Finanzbehörde zum Zwecke des Abschlusses eines Kaufvertrages mit der Firma Gebrüder Goehardt in Düsseldorf, die neben ihrem Fabrikgrundstück in Siemens eine größere industrielle Anlage zu errichten beabsichtigt, zum Erwerb der dazu erforderlichen, 4953 Quadratmeter großen, auf Kartenblatt 17 der Gemarkung Inaelsdorf verzeichneten, einen Teil der in der Mutterrolle von Siemens auf Artikel 3 im Grundbuche von Siemens Blatt 3 eingetragenem Liegenschaft der Kommanditgesellschaft Louis Wolff bildenden Parzelle und des dieser Gesellschaft nach § 6 des mit ihr abgeschlossenen Vertrages vom 1. Mai 1912 zustehenden Rechtes auf einen vor dieser Parzelle vorzuhaltenden Schiffsstiegeplatzes das Enteignungsrecht verliehen werde. Auf Anfrage des Vorsitzers erklärten die Senatskommissare sich damit einverstanden, daß in der Senatsvorlage das Wort „öffentliche“ vor den Worten „Löh- und Ladeplatz“ gestrichen werde. Die Bürgerchaft erteilte dem abgeänderten Senatsantrage mit Zweidrittelmehrheit endgültig die Mitgenehmigung.

In hiesigen Schulweiser sind seit Jahren mancherlei einschneidende Veränderungen beschliffen, mit denen sich wiederholt Kommissionen von Senat und Bürgerchaft beschäftigt haben. Diese letztgenannte gemeinsame Kommission hat jetzt ihren ersten Bericht erfaßt und darin sich in der Frage der Verleihung des Aufsichtrechts, auch über die höheren Schulen an den Schultat und um die Anstellung eines Schulinpektors, der Aufsichtsbemter für die Volks- und Mittel-

schulen sein soll, der Senatsvorlage angeschlossen. Die Bürgerchaftskommission hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Unterstellung der höheren Schulen unter den Schultat nur über längere als fördernd wirken würde. Die gemeinsame Kommission beschloß aber mit 12 gegen 3 Stimmen, daß sie angeht die bevorstehende Neubesetzung der Direktorenstellen am Katharineum und Johanneum und im Hinblick auf die nach dem Kriege zu erwartenden Neuerungen auf dem Gebiete des Schulwesens eine baldige Erledigung der Frage der Stellung des Schultats und zwar im Sinne der Senatsvorlage für dringend geboten hält. Sie gab dem Senate anheim, auf eine tunlichste Förderung der Angelegenheit hinzuwirken. Ueber die Schaffung der Stelle eines Schultatspektors wurde mit 9 gegen 6 Stimmen beschloßen, diese Stelle dringend zu befürworten.

Öffentlicher Arbeitsnachweis, Parade 1. Der öffentliche Arbeitsnachweis, bei Beginn des Krieges vom Stadt- und Land-amte ins Leben gerufen, veröffentlicht einen Bericht für die Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1917. Der Bericht wird mit Rücksicht darauf, daß eine vom Bürgerausschuß bereits verabschiedete Vorlage des Senates die Schaffung eines neuen Arbeitsnachweises (an Stelle des bestehenden) vorseht, von besonderem Interesse sein; ermöglicht er doch eine kritische Stellungnahme gegenüber den Leistungen des bestehenden Arbeitsnachweises. Der öffentliche Arbeitsnachweis hat in der Berichtszeit 14 677 Vermittlungen zu verzeichnen. Auf die sämtlichen übrigen nicht gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsnachweiserichtungen entfallen 11 558 Vermittlungen. Der Bericht schildert eingehend die Entwicklung des Arbeitsnachweises in den einzelnen Berufs-zweigen. Die Darlegungen lassen die Schwierigkeiten erkennen, die sich einem bestrebtenden Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage entgegenstellen. In Anbetracht der in den öffentlichen Arbeitsnachweiserichtungen mancherlei mangelnde verordnete Einrichtungen getroffen; so die Zentralauskunftsstelle für den Arbeitsmarkt und auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, die Hilfsdienstmeldestelle; dieser ist auch die Entgegennahme der Meldungen der Hilfsdienstpflichtigen übertragen. In Verbindung mit der weiblichen Abteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises ist eine Frauenarbeitsmeldestelle eingerichtet, der eine Fürsorgevermittlung angegliedert ist. Die männliche Abteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises ist ergänzt durch eine besondere Arbeitsnachweise für geneigende Soldaten sowie durch eine Abteilung, die die Arbeitsvermittlung der bereits vom Militär entlassenen Kriegsveteranen besorgt; auch die Jungmannvermittlung für landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeit ist dem öffentlichen Arbeitsnachweis übertragen. Auf allen diesen Gebieten ist eine ganz außerordentlich umfangreiche und vielfach auch erfolgreiche Wirksamkeit entfaltet. Der Bericht läßt erkennen, daß die Tätigkeit des Arbeitsnachweises und der ihm angegliederten Einrichtungen eine noch erprobtere gewesen sein würde, wenn nicht stets mit der alsbaldigen Auflösung des Arbeitsnachweises gerechnet und aus diesem Grunde der erforderliche weitere Ausbau des Arbeitsnachweises, insbesondere die geregelte Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises und die Bildung von Fachabteilungen hätte unterbleiben müssen. Die Neugefaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises ist, wie aus dem Bericht zu ersehen, seit Juni 1915 in Bearbeitung. Da das Bestehen eines leistungsfähigen, eingearbeiteten, auf festen Füßen stehenden und nicht mehr provisorischen öffentlichen Arbeitsnachweises im Augenblick des Friedensschlusses für eine glatte Zurückführung der Kriegsteilnehmer in das Wirtschaftsleben von größter Wichtigkeit ist, wäre eine baldige Klärung des Fortbestandes des öffentlichen Arbeitsnachweises dringend zu wünschen.

Der vom Bürgerausschuß angenommene Arbeitsnachweisgesetzentwurf, der die Unentgeltlichkeit der Arbeitsvermittlung und die Parität der Verwaltung abweichend vom Senatsantrag vorschlägt, hat in dieser Fassung die Zustimmung des Senates nicht gefunden. Bisher ist dem wiederholten Drängen der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion, endlich die gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit durchzuführen, keine Folge gegeben worden. Es würde vom ständigen Senatskommissar und zwar schon vor Wochen eine baldige neue Vorlage in Aussicht gestellt, aber dabei ist es auch geblieben. Weit weniger bedeutungsvolle Dinge sind durch den Senat eine bessere Förderung. Soll das so bleiben?

wh. Max Maurenbrecher sprach am Sonnabend für den lautmännlichen Verein „Concordia“ im Martortsaal über „Luther und sein Werk“. Maurenbrecher stellte die Behauptung auf, daß der Geist und die Tatkräft, die heute das deutsche Volk an den Tag legen, auf Luther zurückzuführen sind. Gerade infolge der bei uns schon seit 400 Jahren andauernden Religionspaltung sei das deutsche Volk imstande, gegenüber seinen andersgläubigen Bundesgenossen weitgehende Toleranz zu üben. Zunächst habe die Kirchenspaltung zwar Deutschland geschwächt. Aber heute schauen alle Völker der Erde auf uns, wenn auch noch voll Haß gegen uns erfüllt. In dem Augenblick, wo wir uns durchsetzen, würden alle Völker aufhorchen. Der Vierbund sei heute nur eine politische Keimzelle. Es würden sich immer mehr neue Glieder anschließen, um sich von der britischen Weltbeherrschung zu befreien. Wenn wir das fünfte Großgebilde der Erde neben den Vereinigten Staaten von Amerika, neben dem englischen und russischen Imperium und neben der ostasiatischen Großmacht schaffen wollen, so müssen wir auch nach wie vor allen Fanatismus der Rechtsgläubigkeit vermeiden. Sobald wir unteren Bundesgenossen, dem römisch-katholischen Westreich, dem griechisch-katholischen Bulgarien und der islamischen Türkei mit einer Mission für unsere lutherische Kirche kommen würden, wäre der Bund gesprengt. Wir hätten religiöse Toleranz auf Grund der Kirchenspaltung gelernt, während die Franzosen bis zur Kirchentrennung einseitig waren. Sie hätten den Fanatismus der Bartholomäusnacht und den Fanatismus von der Göttin der Vernunft in ihrer Geschichte zu verzeichnen. Auch Luther sei zu einem Teil fanatisch gewesen. Trotzdem würde kein Werk weit über sein eigenes Versehen. In allen Werken von Lessing, Schiller, Goethe, Hegel usw. liege Luthers Geist und er habe das ganze deutsche Volk erfüllt. Der deutsche Protestant sei unverlierbar als der englische und amerikanische, der deutsche Katholik und der deutsche Freidenker innerlicher als die Franzosen, Italiener usw. Nicht die verabschiedungsmäßige Aufklärungsabsicht habe Luther zum Reformator gemacht, sondern seine Tatkräft als Priester habe ihn zur Abfassung der 95 Thesen veranlaßt. Nur durch die innere Kraft seines Wesens sei die große Bewegung gelassen worden. Maurenbrecher scheint nie Sozialdemokrat gewesen zu sein, sonst müßte er doch einsehen, daß die Mißverhältnisse und die Auswüchse der römischen Kirchenherrschaft die treibenden Kräfte für die Reformationsbewegung waren. Er behauptete ferner, der deutsche Staat sei in keinem Aufbau etwas anderes als der Staat der Engländer und Franzosen und wir Deutsche hätten ein anderes Staatsgefühl als jene. Auch die deutsche Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterchaft sei anders als die der westlichen Nachbar. Wir wären von jeher bestrebt gewesen, auf Grund der Verfassung unsere Ziele zu verfolgen, wir wollten den Staatsaufbau nicht abbrechen, sondern ihn mit neuem Leben erfüllen. Luthers größtes Werk aber sei sein Streben gewesen, keine Tat nicht vernünftigen zu lassen von den politischen Strömungen, die von links kamen. Seit 1522 habe er dagegen ausgeharrt und noch heute sei das deutsche Volk wie oben bemerkt, nicht für Aufruhr und Gewalt. Aus Briefen und Schriften Luthers gab Redner dann Zitate über das Wirken des Ordensmannes Martin Luther, der behauptet habe: „Du Fürst, du Soldat, ja sogar du Hensersknecht dienst deinem Gott, wenn du gegen die aufrührerischen Bauern vorgehst. Und am Schluß zitierte Redner aus den Schriften Luthers über den Krieg, der bereits sei, und aus gutem Gewissen, um der Liebe willen geführt werde. Eine seltsame Ansicht, des ehemaligen Sozialdemokraten, wenn man sich die Barbarei gerade des gegenwärtigen Krieges vor die Augen führt.

Posteinstellungsscheine über gewöhnliche Patete. Schon seit 1910 besteht bei der Post die Einrichtung, daß die Postämter auf Antrag gegen eine Gebühr von 10 Pf. die Einlieferung gewöhnlicher Patete begehren. Sie wird verhältnismäßig wenig benutzt, ist aber von besonderem Nutzen, wenn dem Absender keine

... auch für gewöhnliche Pakete einen Nachweis über die Einlieferung zu haben. Vorzüge zu den Scheinen sind bei der Post im Briefe von 20 Pf. für einen Block mit 100 Stück zu kaufen; einzelne werden unentgeltlich abgegeben. Der Absender hat den Schein nach Wunsch unter Angabe des Gewichts der Sendung, auszufüllen, die Gebühr darauf in Freimarke aufzulegen und den Schein mit der Sendung am Postschalter abzugeben. Dort wird der Schein mit dem Abdruck des Tagesstempels und der Ausgabennummer des Pakets versehen und so dem Absender zurückgegeben. Auf diese einfache, anscheinend viel zu wenig bekannte Weise läßt sich die Einlieferung, der Empfänger, der Bestimmungsort und das Gewicht eines gewöhnlichen Paketes nachweisen und auf Grund des Gewichtscerzeugs die Richtigkeit des für die Freimachung gezahlten Betrages nachprüfen.

**Änderungen im Gepäck- und Erpressenverkehr.** 1) Vom 15. November 1917 ab darf auf den deutschen Eisenbahnen bis auf weiteres das Gewicht des einzelnen Gepäckstückes 50 Kilogramm nicht übersteigen. Dieser Gewichtsbeschränkung unterliegen nicht: Fahr- und Kofferstücke, die Koffer und Gepäckstücke mit sich führen, Kofferstücke, Gepäck der Offiziere, Marinegepäck, Musterkoffer der Sachverständigen, soweit die Musterkoffer in Personenzügen befördert werden sollen, und der Reisende eine Bescheinigung der Gendarmen über die Notwendigkeit der Mitführung als Gepäck vorweist. Musikinstrumente in Koffer, Futteralen oder anderen Umhüllungen, sofern sie unzweifelhaft zum persönlichen Gebrauch des Aufgebers dienen, sowie Geräte von Artisten und Schauspielern. 2) Vom 20. November 1917 ab wird für die Beförderung von Gepäck- und Erpressen das Doppelte der bisherigen Fracht erhoben. Als Mindestgebühr werden für die Beförderung: a) im Gepäckverkehr 1 Mk., b) im Erpressenverkehr bei Beförderung in Personenzügen 1 Mk., bei Beförderung in Schnellzügen 2 Mk. Die Verkehrsabgabe wird neben der Erpressenfracht erhoben.

**Wiederholte Schauspielmehr.** Wiederholt gestohlenen, durch aus berechtigten Wünschen entsprechend, findet die Ausgabe der Mitgliederkarten und die Auslosung der Plätze für die Platzgruppen II (6 Mk.) und III (3 Mk.) am Mittwoch resp. Donnerstag auch abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr an der Theaterkasse statt. (Siehe Infotafel.)

**Ein Schwein gestohlen.** In der Nacht zum 10. ds. Mts. ist aus einer Stallung beim Exerzierplatz der alten Kaserne in der Fiedländer Allee ein Schwein im Gewichte von 130 Pfund gestohlen worden.

**Diebstahl eines Pferdewagens.** Zeitgenossen wurde ein Pferdewagen aus Altona, dem während er einen Wagon mit Pferde begleitet, aus einem Stückgutewagen 1 Sack Lupinenmehl und einen Sack mit Kaffeemehl gestohlen. Auch wurde der Dieb aus einem Wagon-Stückgut II. Klasse die Fensterriemen abgehakt, um sie als Stiefel für zu verwenden.

**Erhöhung der Familienunterstützung.** Jetzt ist auch in Hamburg die Erhöhung der Familienunterstützung beschlossen worden. Der Senat macht im „Amisblatt“ bekannt, daß die Zuschläge für die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer

monatlich 15 Mark und für alle sonstigen Unterhaltungsberechtigten 7,50 Mark betragen. Die danach für den Monat November zu zahlenden Zuschläge werden zugleich mit der für die erste Dezemberhälfte zu zahlende Familienunterstützung gezahlt.

**Sollat, tödlich verunglückt.** Beim Spielen auf einem Platz am Bahnhof, dem sogenannten belgischen Bahnhof, geriet die 9 Jahre alte Tochter des Mühlenbauers Albert Schlang unter einen Wagon, wurde überfahren und auf der Stelle getötet. Der Vater des getöteten Kindes steht im Felde.

**Oldenburg.** Dem Landtag sind eine ganze Reihe von Eingaben zugegangen. Davon seien erwähnt: Gehuch der Gesellschaft für Sozialreform, unterzeichnet von 23 Gehilfenverbänden, um eine Gehaltsregelung, die im Einklang mit der Lebensmittelerhöhung steht. Es wird gebeten: 1. Bei Vergütung von Aufträgen des Staates, der Militärbehörden und der Gemeinden den Unternehmern durch Vertragsklausel aufzuerlegen, daß den kaufmännischen, technischen und Büroangestellten Löhnerentgeltzulagen von mindestens 25 Prozent auf die zuletzt gezahlten Gehälter gewährt werden. 2. Bei der Feststellung dessen, was als angemessene Gehaltszahlung gegenwärtig zu gelten hat, die beruflichen Fachverbände der Angestellten neben den Vertretungen der Arbeitgeber gütlich zu hören. — Der Stadtmagistrat in Bad Schmarna (Fürstentum Liebed) bittet den Landtag, eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes vornehmen zu wollen, und zwar den Artikel 10 I Absatz 2 dahin abzuändern, daß bei verpächter oder unvollständiger Schuldenaufnahme statt Nichtberücksichtigung der Schulden als Rechtsnachteil eine Erhöhung um eine oder zwei Steuerstufen eintreten soll. — Die Liberalen haben folgende von allen Parteien unterstützte Interpellation eingebracht: 1. Ist die Staatsregierung bereit, die Eisenbahndirektion zu veranlassen, daß auf den Strecken, wo neuerdings Personenzüge — namentlich Sonntags — ausgefallen sind, an Güterzügen oder an Leer-Güterzügen ein bis zwei Personenwagen mit 3. und 4. Wagenklasse angehängt werden, um dadurch der Bevölkerung Verkehrserschwerungen zu schaffen? 2. Welche Stellung nimmt die Staatsregierung zu den in letzter Zeit aufgetauchten Plänen auf Herabminderung der kürzlich eingeführten Schnellzugs-Kriegszuschläge? 3. Sind Erwägungen gewesen, Personen-Verkehrseinschränkungen statt durch diese Kriegszuschläge in anderer Weise herbeizuführen, etwa durch eisenbahnseitig oder durch Gemeindebehörden auszustellende Genehmigungsscheine? Diese Genehmigungsscheine werden doch auch von der Staatsregierung abgelehnt worden sein? — Eine zweite Interpellation betrifft die Auslegung der Gemeindeordnung.

**Bremen. Kriegsausgaben.** Die Kriegsdeputation stellt den Antrag an Senat und Bürgerschaft um Bewilligung von weiteren 15 Millionen Mark für die bremischen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges. Bislang haben Senat und Bürgerschaft der Kriegsdeputation 41 Millionen zur Verfügung gestellt. Die Kriegsdeputation gibt bei dieser Gelegenheit einen Überblick über ihre Ausgaben im letzten Rechnungsjahre vom 31. Juli 1916 bis 1. August 1917. Danach sind u. a. aufgewendet etwa 6 Millionen Mark für Teuerungszulagen an Staatsarbeiter, Beamte usw.,

1 Million für Witwen und Waisen, 627 000 Mk. zur Beschaffung von Gemüseland. Die durch die Versorgung der Bevölkerung mit verbilligten Lebensmitteln entstandenen Ausgaben betrugen 4 500 000 Mark, insgesamt in den drei Kriegsjahren 5 700 000 Mark. Die Aufwendungen der Kriegsdeputation vom 1. August bis Ende Oktober 1917 betrugen zusammen etwa acht Millionen Mark.

### Theater und Musik.

**Fünftes volkstümliches Konzert des Vereins der Musikfreunde.** Seitdem diese volkstümlichen Konzerte im Stadttheater veranstaltet werden, hat sich ihr Besuch wesentlich gehoben. Auch das gestrige Konzert, das als „Nordischer Abend“ bezeichnet war, hatte eine starke Anziehungskraft ausgeübt. Gute Musik ist in dieser Zeit des blühigen Herbstes und der langen Sorge ein wahres Gemälde. Sie verschafft trübe Gedanken und erhebt Herz und Gemüt in reinerer, friedlicherer Sphäre. In den volkstümlichen Konzerten, deren Programm Herr Dr. Gähler mit großer Sachkenntnis und feinem Gesinnungssinn zusammengestellt, herrschen bezweifellos die deutschen Meister vor. Doch das hindert nicht, auch das Gute, das im Auslande geschaffen wurde, den Freunden der Musik zur Kenntnis zu bringen, ihnen das Charakteristische, Eigenartige und Schöne der andern vorzuführen. Zu den bedeutendsten Musikern der nordischen Länder zählen Tor Arntsen, Hartmann, Ståbelius, Järnefeldt und vor allem Grieg, die im gestrigen Konzert vertreten waren. Besonders des letzteren Peer Gynt-Suite erfreut sich auch in Deutschland großer Beliebtheit. Ein Teil derselben „In der Hölle des Bergkönigs“, das sehr temperamentvoll und wirkungsvoll zu Gehör kam, mußte auf förmliches Verlangen wiederholt werden. Unter der trefflichen Leitung des Herrn Dr. Gähler gestaltete das Orchester den „Nordischen Abend“ sehr genutzlich.

### Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. November. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 16 000 Brutto-Registertonnen vernichtet. Von den versenkten Schiffen wurden zwei englische bewaffnete Dampfer, von denen einer tief beladen war, im Englischen Kanal vernichtet. Unter den übrigen befand sich der bewaffnete englische Dampfer „Sapele“ (3152 Tonnen) mit Stückgutladung von Liverpool nach der Westküste Afrikas. Der Chef des Admiralsstabes der Marine,

verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Böhmig, Nr. 100, die gesamten übrigen Inhalte: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lübeck.

**Die Auszahlung** erfolgt von jetzt ab nicht am Sonnabend, sondern am Freitag in der Zeit von 10 bis 3 Uhr.

**Kasse der Baubehörde.** Samstags. Für die vielen Geschenke, Blumen und Gratulationen zur Verlobung danken herzlich Friedrich Ahrens u. Braut.

**Neueintragung** vom 13. bis 17. Novbr. für **Butter** und **Margarine.**

**Hans Dittmann** Fleischhauerstr. 9. Fernr. 1223.

**Neuanmeldung!** Bitte meine werthe Kundschaft, zur Abstempelung der Lebensmittelkarten vorzukommen.

**Otto Höpfner** Marktstr. 16. Telefon 2990.

**Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.** Achtung Mitglieder!

Durch Verordnung des Polizeiamts vom 10. November werden an Stelle der bisherigen Lebensmittelkarten Lebensmittelkartenhefte herausgegeben und dürfen wir nach dem 26. ds. nur an diejenigen Mitglieder Ware verabfolgen, die sich in der Zeit vom 13. bis 17. November in unseren Warenabgabestellen haben eintragen lassen. Wird diese Zeit nicht innegehalten, dann werden die Mitglieder anderen Geschäften überwiesen.

Um also unsere Mitglieder nach wie vor alle Waren vermitteln zu können, bitten wir dringend, die für diese Woche vorgeschriebene Neuanmeldung rechtzeitig vorzunehmen. Die neuen Lebensmittelkartenhefte sind bei der Anmeldung sämtlich vorzulegen.

**Der Vorstand.**

**Verein f. Gesundheitspflege und Naturheilkunde.** Die blauen Anteilsscheine zur Erbauung einer Regelbahn werden von heute ab beim Unterzeichneten eingelöst. Beiträge, welche bis zum 11. Dezember 1917 nicht abgeholt sind, werden der Vereinskasse überwiesen. Karl Berthold, Markstr. 78.

**Puppen-Klinik** 9 Sandstr. 9 Reparaturen bitte möglichst schon jetzt einzureichen. (3550) Ausführungen prompt. Preise billigst.

**C. Bliesath Ww.** Inh.: Carl Landwehr.

**Visitenkarten** Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

**Hansa-Theater.** Heute abends 7 Uhr: Das süße Mädel.

### Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

**5. Gabenerzeichnis.** Landesversicherungsanstalt der Hansestädte 1000, P. O. 500, Hochofenwert Lübeck A.-G. 100 000, Prof. Dr. G. 100, R. G. in Dresden 5000, Frau G. M. 10, F. G. 20. Zusammen Mk. 106 810.— 1. bis 4. Gabenerzeichnis 78 206 68 Gesamtbetrag Mk. 185 016,68 und Mk. 90 000 in Wertpapieren.

Allen Gebern herzlichen Dank. Zur Entgegennahme weiterer Gaben sind die Unterzeichneten, sowie sämtliche hiesigen Banken bereit. Lübeck, den 12. November 1917.

Der Landesauschuss der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Senator Dr. Eschenburg, Bürgermeister Dr. Fehling, Senator Kulenkamp, Senator H. Evers, Dr. H. Görtz, Vorsitzender der Bürgerschaft, G. Dimpker, Vorsitzender des Bürgerausschusses, Geh. Regierungsrat Blefeldt, J. Halse, F. Mehrlein, Th. Rösing.

**Bilder** und auch Jose Studienblätter von **Heinr. Hansen** kauft **Carl Stendler,** Hamburg, Brandsende 7.

**In unseren Verkaufsstellen liegendene neuen**

**Butter-Kundenlisten** aus.

**Hansa-Meierei** G. m. b. H. Lübeck.

Kur bis zum 17. November kann jedermann seinen Kaufmann für **Butter — Zucker — Lebensmittel** selbst wählen. Wer bis dahin seine Karten nicht hat abstempeln lassen, hat keine freie Wahl mehr, sondern wird irgend einem Geschäft zugewiesen.

Ich ersuche daher meine werthe Kundschaft, sämtliche Karten für **Butter — Zucker — Lebensmittel** sogleich nach Empfang spätestens jedoch bis zum Sonnabend abend 6 Uhr bei mir zur Abstempelung vorzulegen.

**Oberstraße 8. Ludw. Hartwig.**

**Kolonialwaren, Fettwaren u. Zucker.** Ich bitte meine Kunden, die Familienhefte in der Zeit vom 13. bis 17. November bei mir einzureichen.

**Heinr. Busch, Krähenstraße 34.** Fernsprecher 2752.

### Lübecker Schauspielergemeinde.

Die Ausgabe der Mitgliederkarten und Auslosung der Plätze findet für die Platzgruppe II (6.— Mk.) am **Mittwoch, dem 14. November,** nachmittags von 4—5 Uhr, und abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr Platzgruppe III (3.— Mk.) am **Donnerstag, dem 15. November,** nachmittags von 4—5 Uhr und abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr an der Theaterkasse statt. (3561)

### Hansatheater.

Freitag, den 16. Novbr., abends 7 Uhr: **Klavierabend** **Arthur Schnabel, Berlin.** Kompositionen von Beethoven, Schumann, Chopin. Kartenverkauf: Musikalienhandlung Robert, Breite Straße 54, Holstenhaus, Zigarrenhandlung Röhrich, Holstenstraße, und an der Theaterkasse. (3549)

### Sozialdemokratische Frauen.

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: **Zusammenkunft** im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: **Die Frauen tragen auf d. Würzburger Parteitag.** Referent: Genosse W. Brommo. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Einberuferin: Louise Jaackstat. (3554)

### Verein der Musikfreunde.

**6. volkstümlich. Konzert** Montag, den 19. Novbr. abends 7 1/2 Uhr, im Stadttheater. Leitung: Dr. Georg Gähler. Solist: Herr Leidner (Bratsche). Weber, Freischütz-Ouv. Schumann, Scherzo u. Adagio a. d. 2. Symph. Bruch, Romanze I. Bratsche u. Orch. Clausius, 2 Stücke f. Orch. (u. Leitung d. Komp.). Mendelssohn, Ouv. „Heimkehr aus der Fremde“. Strauß, Walzer „Rosen aus d. Süden“. Ley, Marsch „Hoch Bulgaria!“ Suppl. „Leichte Kavallerie“. Radetzky-Marsch.

### Achtung! Schauerleute!

**Versammlung** am **Mittwoch, 14. November** abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50—52. Tages-Ordnung: **Berichterstattung der Lohnkommission von der Verhandlung mit der Steuerdirektion betr. Bearbeitung von Salz ufo.** Es erscheinen der Kollegen ist notwendig. Der Vorstand. (3553) Flugblätter sind vorzulegen.

### Stadttheater.

Dienstag, den 13. Novbr. 1917 **Die verlorene Tochter** Mittwoch, den 14. Nov. 1917 **Die Kaiserin.** Donnerstag, d. 15. Nov. 1917 **Die beiden Schützen.** Komische Oper v. A. Lortzing. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

## Die allgemeine Kriegslage.

Von Richard Gädte.

Immer sichtbar tritt der große Zusammenhang der Kriegshandlungen in aller Welt zu Tage. Mit klarem Blick und fester Hand beherrscht die deutsche Heeresleitung die Geschehnisse auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen und verbindet sie zu einer Einheit, die nunmehr fast von Woche zu Woche unsere Gesamtlage günstiger gestaltet und glücklicher Weise uns auch den Frieden allmählich näher bringt.

Gerechtigkeit und Klugheit gebieten uns zu sagen, daß wir eine ähnliche geschickliche Führung der Kriegsgeschäfte auch bei unsern gefährlichsten und stärksten Gegnern, den Engländern, anerkennen müssen. Sie wissen in ihres Herrschers Kämmerlein sehr genau, daß sie auf dem Gebiete der Heerführung und der kriegerischen Erfolge mit uns nicht weiterfeiern können. Unsere militärische Ueberlegenheit ist es, was sie unseren Militarismus schelten. Umso mehr versuchen sie, durch überlegene Politik und durch ihre wirtschaftliche Stärke zu ersetzen, was ihnen an kriegerischer Kraft abgeht. Wenn die Strategie den Zusammenhang mit der allgemeinen Politik des Staates nie ganz verlieren darf, ohne daß beide Schäden nehmen, so stellen die Engländer ihre Strategie bewußt und völlig in den Dienst ihrer politischen Ziele. Schon jetzt bereiten sie alles für den Verständigungsfrieden vor, den sie in den Reden ihrer leitenden Minister noch immer schroff ablehnen. Sie wissen sehr genau, daß auch bei einer „Verständigung“ Sonne und Schatten durchaus nicht immer gleich verteilt sein brauchen. Je mehr Länder, je mehr Handelswerte man in der eigenen Hand hat, wenn man endlich mit dem Gegenpart am grünen Tisch zusammenkommt, umso günstigere Bedingungen der Verständigung wird man für sich erzielen können. Die Engländer wissen es aus einer mehrhundertjährigen Ueberlieferung heraus. Die Friedensschlüsse, auf denen sich ihre Welt Herrschaft aufgebaut hat, waren sämtlich Verständigungsfrieden. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn sie die Hand auf unsere Kolonien gelegt haben, wenn sie immer mehr kleine Staaten in ihren Dienst gezwungen haben, und fortwährend bestrebt bleiben, auch die letzten neutralen Länder sowie Griechenland durch kräftige Faustschläge auf die Waage zu ziehen, um sie in ihren Dienst hineinzuziehen. Zu gleichem Zwecke bereiten sie schon jetzt den Wirtschaftskrieg nach dem Frieden vor und suchen sich damit ausschlaggebende Trümper zu sichern. Denn auf dem wirtschaftlichen Gebiete wird sich entscheiden, wer letzten Endes tatsächlich in diesem ungeheuren Zusammenstoße gesiegt hat oder unterlegen ist.

Sie verfolgen aber auch die gleichen Ziele mit ihren anscheinend ausschließlich militärischen Unternehmungen. So wenn sie jetzt mit der günstigeren Jahreszeit sich erneut an der Tigrisfront rühren und an der palästinischen Grenze zum dritten Male, nach anscheinend großen Vorbereitungen zum dritten Schlage gegen die türkische Stellung bei Gaza ausheulen. Sollen dort doch sogar französische Hilfstruppen mitwirken. Man kann wirklich nicht leugnen, daß die Einheit der Front von unseren Gegnern erreicht ist, sie stehen sämtlich im Dienste Englands.

Auch dessen Angriffe in Flandern stehen zum großen Teile im Dienste seiner Politik. Den für die Franzosen vielleicht nützlichsten, für sie aber weniger entscheidenden Angriff um Arras hat der englische Heerführer anscheinend fallen lassen und seit dem 31. Juli seine gesamten Kräfte mehr und mehr um Opatz zusammengefaßt, um von dort aus die Küste zu erobern und das wirtschaftliche Durchhalten seines Landes zu sichern. Die Engländer bleiben sich in der Auffassung immer gleich, daß dieser Krieg, der in ihren Augen von vornherein ein Wirtschaftskrieg war, letzten Endes durch das Uebergewicht der wirtschaftlichen Kraft entschieden werden soll. Flotte wie Heer sind ihnen nur Hilfstruppen im Wirtschaftskriege.

Ihnen gegenüber mißt die deutsche Heeresleitung den großen Waffenentscheidungen nach wie vor ein ausschlag-

gebendes Gewicht bei und sie rechnet nicht allein mit materiellen Erfolgen der Siege, sondern mit ihrer Wirkung auf die seelischen Kräfte der Gegner, auf ihren Willen, ihre steigende Kriegsmüdigkeit. Denn dadurch werden die meisten Kriege entschieden, daß der eine Teil die Lust am Widerstand verlieren, daß ihm der mögliche Gewinn die Opfer nicht mehr aufwiegt, daß er sogar Verluste mit in Kauf nehmen will, um die Leiden eines ausichtslosen Krieges zu kürzen. Wer wollte behaupten, daß im Jahre 1905 das große Rußland vor dem kleinen Japan auf die Knie gezwungen sei, daß es nicht in der Lage gewesen sei, den Krieg noch endlos fortzusetzen. Aber die allgemeine Verdroffenheit von Volk und Heer, die Anlust für einen Koloniebesitz weiterzukämpfen, von dem nur Großfürsten und Spekulanten Nutzen zogen, die revolutionäre Stimmung ließen es der Regierung geraten erscheinen, einen Ausgleichsfrieden zu schließen. Er war bei weitem nicht so günstig für Japan als dieses gewünscht und gehofft hatte, — aber seine Weltstellung beruht auf diesem Frieden von Portsmouth.

Auch unsere großen Siege können nicht die Substanz der feindlichen Länder in unsere Hand bringen, unsere Heerführung denkt nicht daran, den Zug Napoleons zu wiederholen, den großen Irrtum seines Lebens. Sondern es kommt ihr darauf an, die eigenen Länder zu sichern und wo sie vom Gegner befreit waren, sie zu befreien, einen Schutzrüssel um die veränderten Mittelmächte zu ziehen, der unsere wirtschaftlichen Kräfte vermehrt, die der Gegner schwächt, um so Schlag für Schlag mächtiger und mächtiger ihre Friedenssehnsucht zu stärken und endlich ihre Regierungen zu nötigen, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen.

Das Jahr 1917 hat in seinem bisherigen Verlaufe bewiesen, daß dazu unsere Kräfte ausreichen und auch fernerhin ausreichen werden.

In Frankreich und Belgien sind alle Waffenstürme unserer Gegner, die über 6 Monate hindurch wieder und wieder mit den größten Verlusten von neuem angezettelt wurden, gescheitert. Wir haben uns hier begnügt, Zeit zu gewinnen und Kräfte zu sparen, um sie auf anderen Kriegsschauplätzen entscheidender zu verwenden. So haben wir geübt die Stellung an der Somme auf und die Stiefriedstellung, so haben wir jetzt wieder die Stellung auf dem Namenwan-Rücken geräumt, als der Einbruch der Franzosen vom 23. April 25. Oktober ihre fernere Behauptung opferreich erwacht hätten. Auch im Westen aber ist die Verteidigung keine starre, immer wieder gehen unsere Truppen anriffsweise vor, um dem Gegner seinen Geförderungswinn wieder zu rauben, auf seine Stimmung zu wirken, seine Kräfteverwendung zu beeinflussen. Diesen Sinn haben unsere Postkriege bei Verdun, so auch der letzte vom 29. Oktober bei Bezonvaux. Die Franzosen führten die Wirkung solcher Siege auf die Stimmung ihres Volkes so, daß sie sie ganz verheimlichen oder wie am 4. November durch erdichtete eigene Erfolge auszuweichen suchten.

Die großen Schlage aber führten unsere Heeresleitung in anderer Richtung. Zunächst kam es ihr darauf an, die wiedererwachende Angriffslust des russischen Heeres oder wenigstens seiner Führer von neuem zu dämpfen und unseres Bundesoffenen Gebietes so gut wie völlig zu befreien — das letztere natürlich auch im Hinblick auf den Verständigungsfrieden. Die Wirkung unserer Siege im Osten ist eine sichtbare, das Chaos in Rußland hat sich vermehrt der Friedenswille im Heere, seine Herrichtung, seine Anweisung, sich von neuem zur Offensive mißbrauchen zu lassen, sind ebenfalls gescheitert. Im westlichen aber hat auf die Fortschritte der Russen unter offener Schakawa im russischen Meerbusen gewirkt, wo wir eine drohende Stellung am Ausgange des finnischen Meeres gewonnen haben. Ihr Glaube an die Ueberlegenheit der britischen Flotte ist mehr als durch die Seeschlacht am Skagerrak ins Wanken gekommen. Mären die leitenden Männer noch unter englischem Einflusse stehen, die Masse des Volkes befreit sich mehr und mehr davon und drückt immer unmerklicher ihre tiefe Friedenssehnsucht aus. Wer glaubt, daß solche Massenimmunen ohne Einfluß auf die Kraft des Heeres bleiben könnte, selbst wenn seine Führer es in erneuten Kampf treiben wollten?

Durch unsere Erfolge im Osten, durch unsere Abwehr im Westen wurden die Kräfte frei, die nun gegen Italien antreten konnten und bisher in einem siegreichen Feldzuge ohnegleichen in der Geschichte zwei starke feindliche Heere so geschlagen haben, daß sie in ihrem Bestande aufs äußerste erschüttert sind. Etwa 15 Km. Raum hatten jene in 2 1/2 Jahren durch 11 verlustreiche Schlachten gewonnen, mehr als 50 haben wir in 10 Tagen durchstürmt. Den feindlichen Heerführern aller Länder ist das Konzept völlig verdorben, ihre Staatsmänner, ihre Generale eilen bestürzt nach Italien, schon glaubt man, daß die ursprünglich zugesagten Hilfstruppen das Unheil nicht mehr abwenden können, schon denkt man an stärkere Unterstützung, schon an die Aufgabe von Albanien. Man mag versuchen, das Volk im Unklaren über die Größe der Niederlage zu halten — das Gerücht dringt durch alle Verbote der Zensur hindurch; und wer wollte das Heer selbst täuschen? So groß die materiellen Folgen dieses vielleicht größten Schlages im Weltkriege waren, größer noch sind die seelischen Wirkungen und sie rücken den Frieden näher, nicht die Fortsetzung des Krieges. — Gewiß haben wir Italien nicht auf die Knie gezwungen, aber schon dringen wir vom Tagliamento gegen den Piave vor, schon wankt die Dolomitenfront des Gegners und wir wollen erst abwarten, ob die innere Kraft des italienischen Heeres zu erschlagendem Widerstande selbst hinter starken Stellungen noch hinreichen wird. Ich bin nicht der Ansicht, daß in Italien der letzte Sieg in diesem großen Kriege errungen ist, aber unsere allgemeine Lage ist schon jetzt eine solche geworden, daß wir auf einen guten weiteren Weiterentwicklung gewährleistenden Frieden mit Zuversicht rechnen dürfen.

## Die Polenfrage in Oesterreich.

Graf Czernin sieht sich zur schleunigen Absegnung der Absichten über Polen gezwungen, die er angeblich bei seinem letzten Aufenthalte in Berlin verfolgt hat und deren Mitteilung im österreichischen Abgeordnetenhaus einen Sturm der Leidenschaften entzündet haben. Ihn gilt es zu beschwichtigen, will er sich in den für Anfang Dezember einberufenen Delegationen den von ihm selbst so sehr gewünschten Resonanzboden für seine Ideen bewahren.

Das Problem liegt so: Wird Ungarn und Oesterreich noch Polen angegliedert, so wird die politische Herrschaft im Donauraum zwischen drei Nationen geteilt: die Magyaren in Ungarn, die Deutschen in Oesterreich, die Polen in Polen. Alle anderen Völker, Tschechen, Ruthenen, Slowenen, Italiener, Kroato-Serben, Rumänen, werden in jedem der drei Staaten künstlich in eine aussichtslose Minderheit gedrängt. Diese Aussicht erscheint ihnen als Bedrohung ihres Volkstums, reizt sie zu erhöhtem verzweifelt Widerstand und stärkt die Tendenzen, die über die Schwarz-gelben Grenzpfähle hinausdrängen. Besonders die Ruthenen, die in der Wiener Zentralgewalt einen Anwalt gegen den polnischen Nationalismus hatten und die andererseits für das Wiener Kabinett eine sehr geschätzte Gegenkraft gegen die galizischen Schachzügen bildeten, erklären: Wenn Oesterreich uns nicht haben will, so wissen wir, daß uns der Weg in die ukrainische Republik führt. Der Gedanke der Verbindung Galiziens mit Kongregipolen unter österreichischer Leitung entspringt letzten Endes der Ansicht, daß sich in einem von Kongregipolen getrennten Galizien eine polnisch-nationale Forderung nach fernöstlichem und italienischem Vorbild entwickelt. Aber indem durch die vorerwähnte Lösung die polnische Forderung ausgeschlossen wird, wird eine russische geschaffen, die um so bedeutungsvoller ist, als sich die russische Ukraine — eines der fruchtbarsten und an Bodenschätzen reichsten Gebiete Osteuropas — über kurz oder lang fruchtig entwickeln und eine emaklige Anziehungskraft ausüben wird. Tschechen und Südslawen werden sich natürlich aufs äußerste gegen eine Dreiteilung der österreichisch-ungarisch-polnischen Länderkomplexe wehren, bei der sie praktisch von einer ihrer gegenwärtigen und künftigen Bedeutung entsprechenden Teilnahme

## Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

1. Fortsetzung.

Eine weite Aussicht hatte man von der Nebenseite des Hauses aus, wenn man sich auf die Schwelle der Gartentür über der erwähnten Treppe stellte. Hier blickte man über die Winkel der Obstbäume fort den Windungen des Flusses, der sich durch Grassmäthen schlängelte, nach, bis ein vorstührender Berg, der dem Gewässer in den Weg trat, das Tal so dicht abschloß, daß es schien, es gäbe gar keinen Ausweg daraus, und wer sich einmal in diesen freundlichen Erdwinkel verloren, der sei für immer gefangen darin, wenn er nicht etwa den Mut habe, die steilen Bergseiten hinan durch das Gestrüpp sich einen Weg zu bahnen und so zu entkommen aus dem stillen Reiche Baus und der Rajaden der Wupper.

Jener Berg, welcher mit abhülliger feister Wand in den Fluß vortrat und das Gewässer zwang, sich erst rechts zu schlagen und dann wieder links gewandt einen Durchgang zu suchen, trug, ungefahr anderthalbhundert Fuß hoch über dem Wasserspiegel, ein Bauwerk, welches einen von den Hammergebäuden durchaus verschiedenen Charakter zeigte. Waren diese einseitig und aus Fachwerk errichtet, so erhob sich der Bau auf der Berghöhe desto stattlicher in zwei oder drei Stockwerken — es war in der Tat schwer zu sagen, in wie vielen, denn die Fenster waren unregelmäßig und symmetrisch angebracht und wie von reiner Mätkür in das alte schwere Mauerwerk gebrochen. Ein breiter Erker, der auf schweren Kragsteinen ruhte, trat aus dieser stattlichen Mauerfront hervor, und an den Ecken erhob sich an der einen Seite ein vierediger Turm, bis zu der Höhe des übrigen Gebäudes von Brusthöhe an und sodann, noch ein Stockwerk höher, von Fachwerk aufgeführt. An der anderen Ecke, dem vieredigen Turm zum Seitenstück, stieg ein schlankes rundes Türmlein empor, zu schmal, als daß es für einen anderen Zweck als etwa um das Gehäuse einer Wehelfestige zu bilden errichtet sein konnte. So war das Ganze, wie es stolz auf der Bergesflur erhob, da stand und seine hohen Ecken, seine spitzen Dächer und Wetterhähne unten im Flusse spiegelte, ein bedeutamer, malerischer Punkt, ein Punkt de Rue, der dem ganzen Tale Leben und Charakter gab und die Blicke jedes Wanderers auf sich zog.

Ob der Edelhof da droben, die Rheider Burg genannt, so anziehend für die Blicke der Bewohner des Hammers sich darstellte wie für die Fremden, deren Weg durch das Tal führte, ist eine andere Frage. Die laute bürgerliche Industrieanlage mit ihren reichgewordenen Besitzern und der alte stille Herrenhof mit seinen augenscheinlich zerfallenen Mauern lagen sich zu nahe, um nicht in

wären in der Tat nicht ausgeblieben, und sie waren nicht immer freundlicher Natur gewesen.

Ein wechselseitiges juristisches Verhältnis, welches die beiden Sitze aneinander knüpfte, war namentlich die Grundlage zu einer erbitterten Stimmung der beiderseitigen Bewohner in den letzten zwanzig Jahren gewesen, welche den Ereignissen vorausgehen, die wir hier mit unserer dem Leser bekannten Wahrheitstreue berichten wollen; und die Reibungen zwischen Hammer und Burg hatten damit geendet, daß der Hammer in der Tat „Hammer“ geblieben, die Burg aber „Amboß“ geworden und von Schlägen getroffen war, denen zufolge sie heute leer und verödet stand.

Aber bevor wir die Verhältnisse und die Tatsachen ins Auge fassen, sehen wir uns nach den Menschen um, die jetzt den Hammer bewohnen.

Die Gastür an der Nebenseite des Hammergebäudes steht geöffnet und läßt die frische, reine Luft eines Herbsttages, der sonnig glänzend über dem Tale liegt, einströmen in einen Gartenhof von anständiger Größe, in welchem eine gewisse bürgerliche Eleganz herrscht.

Außer der offenstehenden Gastür hat das Gemach noch ein Fenster, ebenfalls mit der Aussicht auf den Garten und darüberhin auf die alte hochthronende Rheider Burg. Vor diesem Fenster sitzt oder besser liegt, in einem bequemen Lehnstuhl ausgebreitet, ein hochgewachsener, breitschultriger Mann, dessen Gesicht jedoch auffallend mit seinen Zügen kontrastiert; denn diese Züge sind tief gegraben und wie von Schmerz ausgeprägt. Zwischen den dichten Brauen, welche tiefliegende, dunkle Augen besaßen, ist eine mächtige Falte eingefallen, die, wenn sie sich finster zusammenzieht, dem ganzen Gesicht einen drohenden bösen Ausdruck gibt. Die einzelnen haarengleichigen Haare, welche ergraut aus den Brauen hervorstrahlen, die kleinen Finnen in dem braunen, etwas fahlen Gesicht tragen nicht dazu bei, dies Antlitz anziehender zu machen. Denn obwohl Nase, Mund und das breite, energiegelb hervorstretende Kinn wohlgestaltet und sehr männlich ausgebildet sind, so wird sich doch niemand finden, der behauptet, daß dieser Mann, Johann Wilderich Ritterhausen, der Besitzer des Hammers, ein anziehendes und gewinnendes Leuzere habe.

Freilich wäre es auch sehr unbillig, milde, heitere und wohlwollende Züge zu verlangen von jemand, der so leidend ist wie er. Er trägt die Füge, trotz des warmen Wetters, dick umhüllt und läßt sie auf einen vor ihm stehenden Taburet ruhen. Zuweisen gleitet über sein Gesicht ein Zucken, das auf einen plötzlichen graubaren Schmerz deutet. Man braucht kein Arzt zu sein, um wahrzunehmen, daß hier das böseste aller Uebel, die Hyäne Gift waltet.

Ritterhausen gegenüber sitzt seine Tochter, ein junges Mädchen in einem grün und weiß gestreiften Kleide von einfachem

Schnitt, das ihre lebende Gestalt nach der Mode der Zeit — ich habe vergessen, dir zu sagen, lieber Leser, daß wir im Jahre des Heils 1897 leben — knapp umschließt. Sie beugt das von hängenden braunen Locken umrahmte Gesicht über Papiere und ein dicker Buch, welche vor ihr auf dem runden Tische liegen.

Nachdem sie eine Zeilung Notizen in das Buch eingetragen, dabei bald das eine, bald das andere Papier genommen und verglichen hat, wirft sie die Feder weg, und indem sie sich in das Sofa, auf dem sie ruht, zurücklehnt, erhalten wir Gelegenheit, ihre Züge zu betrachten.

Diese Züge sind so auffallend wohlgebildet, wie das Antlitz des Hammerbesizers auffallend düster und uneinnehmend ist. Sie haben etwas von der südtlichen Schönheit, Charakter und Geist verratend.

Eine Zeilung heftet sie jetzt ihre Augen mit großem, festem Blick auf ihren Vater, dem das Unbequem zu sein scheint, denn er wendet seine rastlos beweglichen Augen von ihr ab, bald hierhin und dorthin und sagt endlich: „Was siehst du mich an, Sibylle, was hast du?“

Sibylle wackelt wie aus Gedanken auf.

„Ich dachte nur, Vater.“

„Wenn du denkst, so sag mir deine Gedanken nicht so ins Gesicht, du weißt, daß mir das nicht lieb und angenehm ist!“

Sibylle wendet ihre Blicke wieder ihrem Suche zu. Dann sagt sie: „Also das Geld, die dreitausend Taler, die uns zurückbezahlt sind, soll ich dem Soltinger auf keine angebotene Hypothek herleihen, Vater?“

„Nach's wie du willst. Der Mann ist in großer Not darum. Woher soll er's sonst nehmen!“

„Freilich, andere Leute denken eben, wie wir auch denken sollten. Es ist nicht klug, sich auf Hypotheken zu verlassen, solange man nicht weiß, welches Geiz und welches Recht über Hypotheken gelten wird. Die Franzosen werfen alles um, und niemand kann voraussagen, wie geübert kein Kapital ist, wenn sie einmal unter gutes altes bergisches Recht ganz ausgekehrt haben.“

„Du bist ein weises Huhn,“ versteht Johann Wilderich Ritterhausen mit einem amüsierten Lächeln.

„Sie müssen mir dennoch recht geben, Vater. Es ist sicherer, das Geld zu behalten.“

„Und zu vergraben,“ fällt der Hammerbesizer ein — „vielleicht schlägt es im Keller aus wie überwinterte Kartoffeln und trägt Früchte statt der Finnen!“

„Der Finnen bedürfen wir nicht; aber es kann ein Augenblick kommen, wo wir dringend bares Geld und zwar viel bares Geld bedürfen!“

Der Hammerbesizer zuckte die Achseln.

(Fortsetzung folgt.)

den der Regierungsgewalt ausgeschlossen bleiben. Sie fordern denn auch lauter denn je die Errichtung eines souveränen tschechischen und südbawiarischen Staates und berufen sich mit der an ihnen gewohnten kräftigen Stimme auf den Satz: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Kurz und gut: Die polnische Idee hat alle kaum gebändigten Geister der Zwietsracht und des nationalen Streites in heller Aufruhr gebracht.

Dieser Aufruhr beweist klarlich, daß eine antiosterreichische Irredenta keineswegs durch eine mechanische Ländervertheilung verhütet werden kann, sondern nur durch eine hants- und verwaltungsrechtliche Reform Oesterreichs an Haupt und Gliedern, die die streitenden Nationen befriedigt und durch den immensen Vorteil des großen Wirtschaftsbereiches zu einer freiwilligen Volks- und Staatsgenossenschaft verbindet.

Ein amtliches Wiener Dementi erklärt alle an die Berliner Reife Gernins geknüpften Kombinationen für haltlos. Allerdings sei in Berlin auch die polnische Frage besprochen worden. Denn:

Es ist ja Pflicht der leitenden Staatsmänner, sich über die großen aktuellen Fragen zu beraten und sie vorzubereiten, bevor sie dieselben den übrigen kompetenten Faktoren unterbreiten. Auf eine andere Art sind ja Staatsgeschäfte überhaupt nicht zu machen. Die Ereignisse auf der Westbühne überflogen sich. Niemand kann wissen, wie nahe oder wie fern der Friede ist. Um gemeinsam mit Erfolg auf der Friedensbahn aufzutreten zu können, müssen die Verbündeten sich untereinander über die zu verfolgenden Richtlinien klar sein. Wenn nun aus dieser Lausche gewisse Parteien bei uns den Schlüssel ziehen, der Minister des Aeußern habe eine Schwärzung in seiner Politik gemacht oder stehe im Begriffe, eine solche vorzunehmen, so ist dies eine grundfalsche Auffassung, welcher auf das energigste entgegengetreten werden muß. Das Programm der k. und k. Regierung hat sich nicht um Haarsbreite verschoben. Das Ziel bleibt daselbe: Baldmöglichste Erreichung eines ehrenvollen Friedens. — Polen ist ein selbständiger Staat. Die neuen Machthaber in Rußland tonangebend dem polnischen Volke das Recht, über sein künftiges Schicksal selbst zu entscheiden. Deutschland und wir haben dem Wunsch des polnischen Volkes bereits Rechnung getragen und seine selbständige Staatlichkeit anerkannt.

Ueber das Selbstbestimmungsrecht Polens besteht allerdings Einigkeit. Aber weder die russischen Machthaber noch der größte Teil des deutschen Volkes würden damit einverstanden sein, wenn in Form von Selbstbestimmungsformeln die tatsächliche Annexionen vorgenommen werden sollten. In Uebereinstimmung mit den russischen Machthabern und den Völkern der Mittelmächte müssen Formen gefunden werden, in denen Polen wirklich über sich selbst bestimmen kann.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

##### Ernennung Payers zum Vizekanzler.

Der Kaiser hat nunmehr den Reichstagsabgeordneten Payer zum Stellvertreter des Reichskanzlers unter Beibehaltung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Titel Ernennung ernannt. — Payer will sein Reichstagsmandat behaltend.

##### Von der Deutschen Vaterlandspartei und den Aldeutschen.

Wie die amtlichen Kreisblätter für die Deutsche Vaterlandspartei klammern machen, das zeigt so recht deutlich ein Artikel des „Merseburger Tageblatts“ vom 31. Oktober, der uns jetzt überhandt wird. Wir zitieren daraus nur folgende Stilprobe:

„So ist denn die unglückliche Reichstagsentscheidung einer verlorenen Schlacht gleich zu rechnen, und wir müssen Gott danken, daß wir ein Heer haben, das alle von anderen begangenen Fehler wieder gut macht. Freilich mit Strömen von Blut. Unsere Feldgrauen müssen hüben, was in Serlin geländigt worden ist.“

Da die „unglückliche Reichstagsentscheidung“ die Billigung der Regierung erhalten hat und unserer auswärtigen Politik, wie die deutsche Antwortnote an den Papst ausdrücklich erklärt, fortan zugrunde liegen wird, so sind an der „Schande“ nicht nur die Reichstagsabgeordneten, sondern auch die Männer von der Regierung und der Monarchie beteiligt. Das „Merseburger Tageblatt“ aber ist das „amtliche Angeheblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden“. Man sieht, trotz Herrn Dr. Drews ist der Landrat doch noch immer der mächtigste Mann in Preußen.

##### Der Zweck der „Vaterlandspartei“.

Ein offenes Bekenntnis hat in der Kolberger Verammlung der „Vaterlandspartei“ deren dortiger Vorstand, Generalleutnant v. Kluge, abgelegt, indem er erklärte: „Einige Parteien wollen die angeblichliche Dekretierung des Reichs fordern; diesem Unheil will die Vaterlandspartei entgegenwirken, das ist ihr einziger Zweck.“

##### Der Richtpreis.

Der Geheim Kommerzienrat Körtzing-Hannover, ein großer Kriegsgewinner, Aldeutscher und Schatzkammer, richtete einen offenen Brief an den Führer der Nationalliberalen Dr. Stresemann, in dem er ihm heftige Vorwürfe wegen seiner Gemeinheitsarbeit mit den Reichsparteien macht. Die Angriffe sind von 1—10 nummeriert, aber Hauptpunkt ist Nr. 6: „Sie als Richtpreis!“ Stresemann ist geborener Soldat, aber das hilft ihm nichts. Bei der Vaterlandspartei in seiner Preuze, der nicht Alpreuze ist.

##### Die staute Lohheit des Kriegssozialismus.

Das wird gekriegen: Am 30. November müssen bekanntlich laut Verordnung der „Ertagslohlen-G. m. b. H.“ alle im Handel befindlichen Vorräte von „Sohlensohlenern und Schlenbehrungen aller Art“ soweit sie zusammen über 100 Kilo ausmachen, der „Ertagslohlen-Gesellschaft“ zur Verfügung gestellt werden. Dieser Sohlensohlenern ging das allgemeine Verbot der freien Herstellung von Sohlensohlen voraus. Allerdings hat diese Reichsgesellschaft auch die Vahaber von Heimern Kengen (in einem Schreiben an den Schuhhändlerverband vom 21. 10. 17) aufgefordert, ihre Vorräte anzupfeifen. Der Zweck dieser Uebung soll der sein, die Ertagslohlen des Schuhmachers zu kaufen, ihm dieses Sohlenmaterial direkt zugänglich zu machen. Man will bei dabei des Handels als Warenvermittlers entledigen. An der für ihn klingt das planlos und leidlich verurteilt. Aber wir müssen das nun gerade genug, wie natürlich alle diese Reichsweisen sind, an Stelle des Waren vermittelnden Handels etwas Besseres zu setzen. Solange das nicht geschieht, kann sich das Publikum den Kleinhandel mit einem

mäßigen Nutzen ruhig gefallen lassen; er verteuert das Produkt noch lange nicht so wie der Großhandel und der Produzentenaufsatz. In dem hier geschilderten Fall liegt die Sache besonders trag. Wenn am 1. Dezember rund 30 000 Händler aufgefordert werden, ihre Vorräte, deren Verkauf gegenwärtig fast ihre einzige Existenzmöglichkeit ist — abzuliefern und in Zukunft das Material nur an Schuhmacher abgegeben werden soll, dann treten gleichzeitig zwei höchst bedenkliche Wirkungen auf. Einmal können eine große Anzahl Kleinhändler ganz einpacken und zweitens werden Hunderttausende von Arbeitern und kleinen Leuten, die heute der Not gehorchend sich Werkzeug gekauft haben, um das Flicken ihres Schuhzeuges selbst zu besorgen, nicht in der Lage sein, sich das Sohlensohlenmaterial kaufen zu können, weil es nur den Schuhmachern überlassen bleibt. Daraus folgt also geradezu eine Katastrophe auf dem Gebiete der Fußbekleidungsverorgung mitten in der kalten Jahreszeit. Die Schuhmacher, deren Zahl durch Krieseinberufungen ganz erheblich verringert ist, sind ja garnicht in der Lage, den Andrang zu bewältigen, und die Massen der schlecht beschuhten armen Bevölkerung stehen mitten im Winter mit ihren schwer erworbenen Mitteln zur Selbsthilfe da und können sich nicht helfen. Und das Ganze nennen dann die klugen Geheimräte in den Reichsamtern soziale und volkswirtschaftliche Maßregeln. Es ist zum Schreien, wer und was sich heute Staats- und Regierungsmann nennt. Und schließlich — das ist der bittere Beigeschmack für uns Sozialisten bei der Sache — macht man es unseren bürgerlichen Gegnern mit dieser Art Kriegsozialismus leicht, gegen Sozialismus überhaupt zu schimpfen. Und am allerfeinsten ist es, daß es selbst bei uns Leute gibt, die solches Taktik für Edelmetall nehmen.

### Massendemonstration von Kriegsbeschädigten für den Verständigungsfrieden.

Eine überfüllte Mitgliederversammlung des „Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“, die am Sonntag vermittags im großen Saal des Lehrervereinshauses in Berlin tagte, nahm Stellung zur Frage des Friedensschlusses. Auf die an die Parteien gerichteten Einladungen waren Parteiparitätlich Reichstagsabgeordneter Pfannkuch für die Sozialdemokratie und die Landtagsabgeordneter Rosenow und Otto für die Fortschrittliche Volkspartei erschienen. Der Referent, Redakteur Kuttner, führte unter lebhaften Beifallsandgebungen aus, daß die Vaterlandspartei — deren Vertreter ebenfalls eingeladen waren, aber vorgezogen hatten, dabei zu bleiben — die Anhänger des Verständigungsfriedens als nachschwache, willensarme Kerle hinstelle, als Südenhader und Hinterfrontler. Für ihre Stammtisch- und Heimtreierpolitik nähmen sie die Zustimmung der Feldgrauen in Anspruch, die sich dagegen ja nicht wehren können; gegenüber den „Mummelgreisen, Mäthern und Wählern“ im Reichstag wollten sie, gestützt auf die Kriegsteilnehmer, in Wahrheit die Volksmehrheit darstellen. Demgegenüber müßten die Männer, die selbst ihr Blut für Deutschlands Verteidigung vergossen hätten, erklären, daß sie es für ein Verbrechen hielten, wegen Eroberungen oder Geldgewinn den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern; daß sie den Völkermord und das Völkermorden verabscheuen und für Verständigung und Werröhnung eintreten. Wer das Glend des Krieges wirklich gesehen habe, wer es selbst ausgestoßet habe, müßte ein Teufel sein, um zu wünschen, daß es wegen phantastischer Eroberungsziele verlängert werde. Man dürfe die Kriegsbeschädigten mit der Aussicht auf Ansehungsland und Rentenerhöhung mit Hilfe der feindlichen Kontributionen zu locken. Aber die Kriegsbeschädigten wollten in dem von ihnen gerechtem deutschen Heimatland bleiben, und so lange es in Deutschland noch einen Mann gäbe, der nach dem Kriege reider sei als vor ihm, dürfe es auch an Mitteln für die Kriegsbeschädigten nicht fehlen. Dafür würden die Kriegsbeschädigten schon selbst sorgen, wenn sie nur die nötigen politischen Rechte hätten. Aber die Eroberungspolitik seien Gewaltmenschen nach innen wie nach außen. Es wäre die denkbar größte Schmach für Deutschland, wenn arme Kriegsbeschädigte weniger politische Rechte hätten als reiche Kriegswähler. Es wäre eine angründliche Heuchelei, für die Feldgrauen Felder zu schenken und nachher „Sicherungen“ gegen die „urteillose Masse“ ins preukische Maßrecht einzumuggeln zu wollen. Wir haben unser Recht am Staat mit Blut erkauft, und wehe dem, der es uns kürzen will! Wir sind alte Kämpfer — jetzt wollen wir Friedens- und Freiheitskämpfer sein und bleiben. (Stürmischer Beifall.) Im Sinne des Referents sprachen sich sämtliche Redner in der Debatte aus. Einstimmig gelangte folgende Entschliesung zur Annahme:

Ueber tausend im Lehrervereinshaus versammelte Kriegsbeschädigte und ehemalige Kriegsteilnehmer, die mit Einigkeit ihres Lebens und ihrer Gesundheit Deutschland verteidigt haben, sprechen der Vaterlandspartei das Recht ab, ein besonderes Maß von Vaterlandsliebe für sich in Anspruch zu nehmen. Sie protestieren dagegen, daß die Kriegsteilnehmer für Eroberungsziele in Anspruch genommen werden. Sie fordern raschesten Friedensschluß, alle Klaffenparität und ausreichende Fürsorge für die Opfer der Schlachten.

### Schu'fragen.

#### Gegen die Vorschule.

Hat anfangs der Magistrat der Stadt Krefeld in einem bemerkenswerthen Reife Stellung genommen. Er hat bei der Stadtverordnetenversammlung den Antrag der an der Realschule bestehenden Vorschule beantragt, weil die Aufnahme von Kindern aus den Gemeindefamilien daran scheitert, daß die jetzt vorhandenen Vorschulklassen regelmäßig überfüllt sind, so daß die Vorschule beim Uebergang in die höheren Lehranstalten die vorhandenen Klassen ausfüllen muß. In dieser Beziehung ist der Grundschullehrer der Vorschulklasse von berufener Seite als Ursache festgestellt; sie sind, so sehr es auch die Gegner der Vorschule bestreiten, fast allgemein und in mehreren Gemeinden in erheblichem Maße ein Hindernis für den Auftrieb der Begabten, ein Mißstand, dem mit wirklichen Mitteln begegnet werden muß. Der Kreisrat Magistrate hat diesen Antrag, dem die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit beigestimmt, in den Schaden zunächst an dieser Stelle befreit; er ist aber darüber hinaus auch bereit, über die weitere wichtige Frage eines systematischen Abbaus der Vorschulen und Ueberführung der höheren und mittleren städtischen Lehranstalten mit den Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden in Verhandlungen einzutreten, und stellt die Groß-Berliner Gemeinden damit vor eine dringende Aufgabe, an der weit die Kreise der Bürgererschaft lebhaften Anteil nehmen.

### Aus der Part.

Die Verurteilung von Krefeldener Parteitag verboten. In sozialdemokratischen Verein Breslau wurde die Verurteilung von Krefeldener Parteitag, weil dabei politische Angelegenheiten zur Sprache kommen konnten, vom Generalkomitee verboten. Beschwerde gegen dieses eigentliche Verhalten ist eingeleitet. Daß die Verurteilung der Parteitag, an dem das Parteitag der Sozialdemokratischen Partei nicht beirächtigt, zeigt der Scherz, daß dessen Erhaltung die Genehmigung erteilt war.

Die Mitgliederzahl des Vereins ist im zweiten Vierteljahr des Jahres 1917 um 230 gestiegen; im Oktober traten weitere 500 neue Mitglieder bei und in der ersten Novemberwoche abermals 30. Es geht also rüstig vorwärts, und darf vielleicht zum Vergleich dazu erwähnt werden, daß der unabhängige Parteiverein Leipzig in derselben Zeit nach Auskunft des Sekretärs Kiffel 1495 Mitglieder verloren hat.

### Aus Nah und Fern.

Familientragödie. Aus bisher unaufgeklärten Ursachen schieden in Berlin der 27jährige Arbeiter Müller mit seiner gleichaltrigen Ehefrau und deren 11jährige Schwester freiwillig aus dem Leben. Sie hatten die Gashöhne in ihrer Wohnung geöffnet. Hilfe kam leider zu spät.

Das verschwundene Hemd. Im „Berl. Lokal-Anzeiger“ teilt eine Eberlin folgendes Vorfall mit: Vor einigen Wochen kaufte ich in einem größeren Geschäft ein Damenhemd im Preise von 7,50 Mk. Bei der Wäsche, die ich mit einer Wäschfrau allein belorge, machte ich die überraschende Wahrnehmung, daß belagtes Hemd, nachdem wir es mit der übrigen Wäsche im Kessel gekocht und es zum nochnormaligen Durchwaschen in die Wanne getau hatten, plötzlich unfindbar geworden war. Wir konnten uns die Sache nicht erklären, da jeder von uns das Hemd eben noch gesehen hatte. Aber nur zu bald sollte uns das Rätsel gelöst werden. Als wir das Wäschwasser ausgoßen, entdeckten wir auf dem Boden und an den Seitenwänden kleinere und größere undefinierbare Bestandteile — die Fragmente des in nichts zerronnenen Papierhemdes. Nun habe ich ja schon von Papierwäsche gehört; doch liegt in diesem Fall zweifellos eine Unterlassungslünde der Verkäuferin vor, die die Kundin hätte darauf aufmerksam machen müssen, daß das Hemd kein Stoff, sondern ein Papierhemd war. Voricht dürfte sich also besonders für unerfahrene Frauen empfehlen. — Die Papierhemden sind also nur zum Ansehen da! Getragen und gewaschen werden dürfen sie nicht.

Gefährte Eisenbahnräuber. Vor einigen Tagen wurde in Elberfeld der Güterzug eines Eisenbahnzuges um mehrere Zentner Schokolade beraubt. Später erging es einem anderen Wagen, der Zigarren führte, ebenso. Nach vieler Mühe ist es nunmehr gelungen, das Personal der Züge als die Diebe zu entlarven; selbst der Zugführer mußte verhaftet werden, da sich auch in seiner Wohnung viel Belastungsmaterial an Schokolade und Zigarren vorfand.

Blut eines 70jährigen Greises. In Worms erstickte der 70jährige Tagelöhner des 40jährigen Schneider Schlumbrecht im Wirtshaus wegen einer Frauensperson.

Die eigene Frau zu Tode mihandelt. Ein am Nadelstich in Braunschweig wohnender Arbeiter hat nachts seine Ehefrau, mit der er in Unfrieden lebte, durch Schläge und Fußtritte so fürchterlich mihandelt, daß sie nach kurzer Zeit infolge Verblutung starb. Der rohe Patron wurde festgenommen.

Ohne Hemd. In einer Sitzung des Würzburger Armenrates wurde von einem Magistratsrat mitgeteilt, daß wegen Mangels an Leinwand viele Kinder ohne Hemd zur Schule gehen!

Bestehende gegen die Kinder der Gärtner. Die „Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung“ gibt in regelmäßigen Zwischenräumen eine Zusammenstellung von Stellungsangeboten, die namentlich Kinderlosigkeit zur Bedingung machen; trotz dieser Brandmarkung wird die Liste von Halbjahr zu Halbjahr nicht kürzer, sondern länger. Aus der neuesten Zusammenstellung seien folgende Beispiele hervorgehoben: Gutsbesitzer Hoppe, Helmstedt bei Arnswalde in der Neumark, sucht in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Gärtner ohne Familie. Justizrat Matersdorf, Berlin, sucht in der „Deutschen Tageszeitung“ für sein Landhaus in Carth einen unehelichen Gärtner, eventuell kinderloses Ehepaar, und in der „Alldeutschen Zeitung“ wird für „hochherrschastliches“ Haus am Rhein ein Obergärtner mit dem Bemerkten gesucht: „Wohnung für kleine Familie vorhanden. Frau Baron Feilich in Föhlenbach bei Albing sucht in der „Gärtnerzeitung“ einen verheirateten Gärtner, womöglich kinderlos. Albert Fohr, Berlin, Lichterfelde-Ofst., sucht im „Berliner Lokalanzeiger“ einen tüchtigen Gärtner, bevorzugt kinderloses Ehepaar. Auch Korymboski, Friedenau, Kreisstraße Nr. 21, bevorzugt für seine Villa „kinderloses Ehepaar“. Selbst der Vaterländische Frauenverein, Berlin, Wilmersdorf, inseriert im „Berliner Lokalanzeiger“ nach einem Gärtner, „kinderlos bevorzugt“. Aus Ofseebären, von erzgebirgischen Gütern, hauptberuflich Schloßbesitzungen und Berliner Borortvillen; überall daselbe Bild des Kampfes gegen das Kind mit Hilfe der wirtschaftlichen Uebermacht.

Fußelergiftungen. Im rechtsrheinischen Stadtteil von Köln sind im Laufe der letzten Woche Fälle von schweren Geschädigungen und Erblindungen vorgekommen, die aller Wahrscheinlichkeit nach auf Genuß von Schnaps, der Methylnalkohol enthielt, zurückzuführen sind. Die Kölner Gesundheitspolizei warnt vor dem Genuß von Alkohol zweifelhafter Herkunft.

Das Wohlthätigkeitsgeschäft. Seit Jahren wird in verschiedenen Großstädten mit allem Nachdruck dagegen angekämpft, daß unter dem Deckmantel der Wohlthätigkeitspflege gewisse Persönlichkeiten sich recht patzliche Einnahmen zu verschaffen wissen, daß sie die Mildthätigkeit der Mitbürger zu ihrem eigenen Nutzen schamlos geschäftsmäßig ausbeuten. Die gesetzlichen Maßnahmen, die man dagegen getroffen hat, haben bis jetzt wenig fruchtbar. Der Wirk. Geh. Admiralsratsrat Dr. Feilich, der seit Jahren im Mittelpunkt verschiedenem gemeinnützigem Bestrebungen steht, erhebt in einer eben erschienenen Schrift „Neuordnung der Menschenliebe“ schwere Anklagen und stellt behauptet in dieses Wespennest. Er schreibt u. a.: Während der Kriegszeit entstanden ganz Vereine nur zu dem Zweck, gewissen Persönlichkeiten, in erster Reihe den Vorstandsmitgliedern oder den Geschäftsführern, ein Wohlleben zu verschaffen oder aber den Eigenamen schwer verkäuflicher Häuser und Grundstücke diese gegen einen hohen Preis abzunehmen, um angeblich vaterländische Anstalten zu errichten. Unerhörtste Erhebungen und Verschleierungen triffen Platz. Pöbelpropaganda unanfechtbar Art wurden von autolastigen Wohlthätern nutzungslos gefördert. Einzelne Geschäftsführer erzielten Gehälter bewußt, deren Höhe nur dann begrifflich ist, wenn man erfährt, daß eine wirkliche Beaufsichtigung der Geschäftsleitung so gut wie gar nicht stattfand. Nicht selten wurden die Tathen des Geschäftsführers oder eines angestellten Schriftleiters dadurch gefüllt, daß eine überflüssige Zeitung oder Zeitschrift gegründet und aus Vereinsbeiträgen erhalten wurde; es ist sogar vorgekommen, daß auch die Angehörigen des auf diesem Wege beschafften erheblichen Einnahmen aus der Zeitung erhielten. „Fleißig“ wird noch viel ungläublichere Sachen vorzubringen. Zu den Höhepunkten gehört es jedenfalls, daß ein Vorstand bei der Auflösung eines Vereinswohlthätigkeitsvereins 18 500 Mark unter seine Mitglieder verteilte und daß der Geschäftsführer eines anderen Vereins, der zwar seinen Sitz im Herrenhaus hatte, wegen Fetzuges und Unreue mit drei Jahren Gefängnis bestraft wurde, nachdem er vor dem Kriege den Offenbarungscheid gefordert hatte und trotz seiner nachträglichen Mittellosigkeit schon nach wenigen Monaten seiner Amtsführung sich eine Villa für 300 000 Mark hatte kaufen können. Die er mit Wafeln für 30 000 Mark eingekauft hatte. Herr Feilich, der Abteilungschef im Reichsmarineamt ist, wird fäherlich nicht ohne sehr gewichtige Unterlagen derartige Behauptungen aufzustellen haben. Sofortlich haben seine Forderungen des Guts, daß man den verschrieenen „Vereinen“, die unter dem Deckmantel des Wohlthuns die Wohlthätigkeit ihrer Mitmenschen auszunutzen suchen, etwas schärfer auf die Finger zeigt.

Bei einem Brande im Krankenhaus zu Manchester kamen 15 weibliche Kranke ums Leben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: I. H. Schwarz, Trud. Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.